



Präambel

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der zur Zeit geltenden Fassung

§ 2 und § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zur Zeit geltenden Fassung in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der zur Zeit geltenden Fassung

hat der Rat der Stadt Soest in seiner Sitzung am 16.12.87 die Festsetzungen dieses Bebauungsplanes gem. § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) als Satzung beschlossen.

A. Festsetzungen gem. § 9 BauGB

— Grenzen der räumlichen Geltungsbereiche des Bebauungsplanes Nr. 62/4 Änderungsblatt Nr. 1 gem. § 9 (7) BauGB Planbereiche A u. B

1. Nicht überbaubare Grundstücksflächen

— Nicht überbaubare Grundstücksfläche gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

2. Öffentliche Verkehrsflächen gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

— Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen

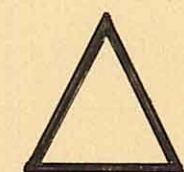
— Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

— befahrbarer Wohnweg

Hinweis:

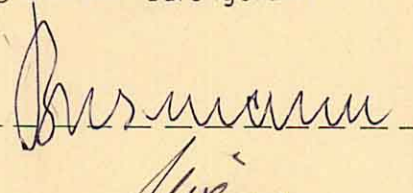
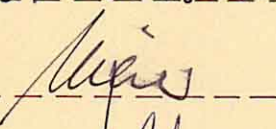
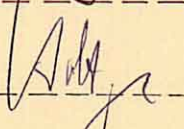
Vor einer Bebauung ist eine Überprüfung der Grundstücksflächen nach evtl. noch vorhandenen Kampfmitteln durchzuführen.

STADT SOEST 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 62/4 M. 1:1000

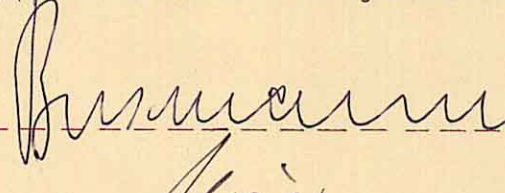
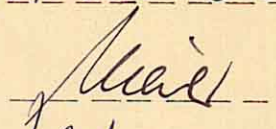
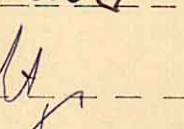


Die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62/4 ist gem. § 2 (1) BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung durch den Rat der Stadt Soest am 16.12.1987 beschlossen worden.

Das Verfahren wird – da die Grundzüge der Planung nicht berührt werden – gem. § 13 BauGB durchgeführt

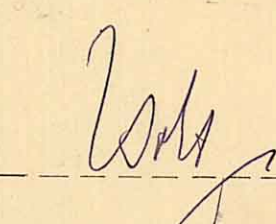
Bürgermeister 
Ratsmitglied 
Stadtdirektor 

Gem. § 4 der Gemeindeordnung für das Land NW in der zur Zeit geltenden Fassung und § 2 und § 10 des BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Soest am 16.12.1987 die planungsrechtlichen Festsetzungen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62/4 als Satzung beschlossen

Bürgermeister 
Ratsmitglied 
Stadtdirektor 

Das Anzeigeverfahren gem. § 11 BauGB ist durchgeführt worden.

Soest, den 18.1.1988

Stadtdirektor 

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens ist gem. § 12 BauGB am 21.01.1988 ortsüblich bekanntgemacht worden. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Der Bebauungsplan mit Begründung liegt während der Dienststunden im Rathaus öffentlich aus.

Bürgermeister 